

Das Medibüro in Zahlen

Von Januar bis einschließlich Oktober 2014 haben uns 214 Menschen in medizinischen Notlagen aufgesucht, von denen wir 201 in medizinische Hilfe und 13 an andere Stellen (z.B. Sozialamt) weiterleiten konnten.

Es waren 119 weibliche und 82 männliche Patienten, davon 23 Kinder. 40 Mal ging es um Schwangerschaft und Geburt, worunter einige Mehrfachkontakte waren.

Nicht immer gelang es dabei, die am besten passende Hilfe zu vermitteln - insbesondere bleibt es weiter schwierig, angemessene psychiatrische Versorgung für die zum Teil schwer traumatisierten Menschen zu finden. Hier brauchen wir dringend weitere Unterstützung.

Wieder kam die Mehrzahl der Hilfesuchenden aus den neuen EU-Ländern Bulgarien und Rumänien (64 %), aber auch vermehrt Menschen aus Afrika (45 PatientInnen), davon 21 aus Nordafrika und aus den Ländern des „arabischen Frühling“. Acht Menschen, die keinen offiziellen Aufenthaltsstatus hatten, kamen aus Syrien, acht aus Lateinamerika, drei aus Asien und weitere acht kamen aus anderen Ländern.

Vielen PatientInnen wurde zusätzlich geraten, Migrationsberatungsstellen aufzusuchen, da eventuelle Ansprüche und Hilfen von uns nicht durchgesetzt werden können.

Fairer Start ins Leben - für alle: ein (fast) voller Erfolg

Im Mai 2012 setzten wir uns das Ziel, die Vor- und Nachsorge für Schwangerschaften und Geburten, sowie die Impfungen für Kinder im Rahmen der öffentlichen Versorgung sicherzustellen und starteten die Kampagne „Fairer Start ins Leben- für alle“. Wir führten Unterschriftensammlungen sowie eine Onlinepetition durch und traten an einige Parteien heran, die sich auf die Kommunalwahlen 2013 vorbereiteten. Dabei erreichten wir, dass sich unser Anliegen in einigen Wahlprogrammen und schlussendlich in der verhandelten Kooperationsvereinbarung von SPD, Grünen und SSW in Kiel wiederfand. Seit Januar 2014 werden nicht-versicherte Kinder in Kiel von städtischen KinderärztInnen kostenlos geimpft.

Die Umsetzung unserer Forderung nach kostenlosen Vor- und Nachsorgeuntersuchungen für Schwangere dauerte länger. Während dieser Wartezeit betreuten die mit uns kooperierenden GynäkologInnen unsere Patientinnen weiter und engagierten sich über ihre angekündigten Belastungsgrenzen hinaus. Seit Juli 2014 ist es soweit: Eine sehr engagierte Gynäkologin versorgt an zwei Terminen pro Woche im Gesundheitsamt der Stadt Kiel die nicht-versicherten Schwangeren. Der letzte Punkt unserer Forderungen an dieser Stelle, die Übernahme der Kosten für Geburten, steht noch aus und bleibt weiterhin auf unserer Agenda.

Landesförderung für Menschen ohne Papiere

Im Oktober fand ein Treffen des Medibüros mit der Landesgesundheitsministerin Frau Alheit statt. In diesem Treffen hatten wir die Möglichkeit, die Arbeitsweise des Medibüros zu erläutern und Missverständnisse auszuräumen.

Eigentlicher Anlass des Besuchs war unsere Bitte zur Erläuterung, wie die seit 2014 im schleswig-holsteinischen Haushalt für Menschen ohne Krankenversicherung zur Verfügung gestellten 200.000 Euro nun genutzt werden sollen. Immerhin neigte sich das Jahr schon seinem Ende zu.

Hierzu erfuhren wir, dass es nun eine „Richtlinie zur Förderung humanitärer Hilfen in medizinischen Notlagen“ gibt, nach der sich alle Kreise, aber vor allem alle kreisfreien Städte, auf Gelder aus diesem Etat bewerben können.

Unsere Kritik an diesem Konzept besteht vor allem darin, dass durch die Aufteilung des Geldes keine grundlegenden Strukturen zur medizinischen Versorgung dieses Personenkreises geschaffen werden können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass auch Kosten für Behandlung und Medikamente ersetzt werden können.

PatientInnen aus der EU

Ein erheblicher Anteil der BesucherInnen des Medibüros sind inzwischen Menschen aus anderen EU-Staa-

KONTAKT:

Medibüro Kiel
c/o ZBBS
Sophienblatt 64a
24114 Kiel

Telefon 0157/7189 4480
(dienstags, 14:30–16:30 Uhr)
info@medibuero-kiel.de
www.medibuero-kiel.de

SPENDENKONTO:

Medibüro Kiel
IBAN: DE87 21060237 0000 64 7292
BIC: GENODEF1EDG

ten. Das EU-Freizügigkeitsrecht erlaubt ihnen, sich für mindestens sechs Monate zur Arbeitssuche in Deutschland aufzuhalten. Diese Möglichkeit besteht auch für BulgarInnen und RumänInnen.

Aus Sicht des Medibüros Kiel ist die medizinische Unterversorgung gerade in diesen Bevölkerungsgruppen teilweise darauf zurückzuführen, dass ihnen bisher keine ausreichende Sozialberatung zuteil wird. In der Folge können sie berechnete Ansprüche gegenüber den Sozialleistungsträgern nur schwer durchsetzen. Auf diese Weise bleiben viele MigrantInnen unter anderem vom deutschen Krankenversicherungssystem ausgeschlossen, obwohl ein Zugang in vielen Fällen möglich wäre. Wir freuen uns über die neu geschaffene Beratungsstelle der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA), die immerhin BulgarInnen und RumänInnen berät, die einen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen.

Das Medibüro Kiel fordert eine Ausweitung der Beratungsangebote für MigrantInnen aus der EU!

Die Menschenrechtsorganisation PICUM sieht Defizite in Deutschland

Am 14.10.2014 lud die Menschenrechtsorganisation Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM) verschiedene Organisationen aus ganz Europa nach Brüssel ein, um über die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere zu sprechen. Das Medibüro Kiel e.V. war vor Ort vertreten und somit an der Entscheidung beteiligt, dass PICUM die Gesundheitsversorgung von in Deutschland lebenden MigrantInnen ohne Aufenthaltsstatus im kommenden Jahr in den Fokus der politischen Arbeit rückt.

Dies geschah vor dem Hintergrund, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung in Deutschland mit einem sehr hohen Risiko verbunden ist, entdeckt und abgeschoben zu werden. In der Folge nehmen Personen ohne Aufenthaltstitel gesundheitliche Leistungen häufig gar nicht oder erst sehr spät wahr.

Verglichen mit anderen EU-Staaten ist insbesondere die Gesundheitsversorgung von Kindern und Schwangeren problematisch. Hier fordert PICUM strukturelle Verbesserungen durch den Gesetzgeber. Das Medibüro Kiel e.V. schließt sich dieser Forderung an und freut sich auf eine intensivere Zusammenarbeit mit PICUM.

Vielversprechendes Modellprojekt in Niedersachsen geplant

Um die medizinische Versorgung aller MigrantInnen in Niedersachsen sicherzustellen, ist es geplant, Flüchtlingen im Asylverfahren oder mit Duldung, sowie EU-MigrantInnen ohne Krankenversicherung oder Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus eine gleichwertige medizinische Versorgung zu ermöglichen. Dabei soll auch eine garantierte Kostenübernahme für ärztliche Aufwendungen sichergestellt werden.

Hierzu soll eine elektronische Gesundheitskarte für Menschen im Asylverfahren etabliert werden. Des Wei-

teren soll für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus in Zusammenarbeit mit einer gesetzlichen Krankenversicherung und der Medizinischen Flüchtlingshilfe in Hannover und Göttingen ein „Anonymer Krankenschein“ eingeführt werden.

Hierfür wird eine Anlaufstelle eingerichtet, die sowohl medizinische Beratung als auch Weitervermittlung zwecks aufenthaltsrechtlicher Beratung anbietet. Die Abrechnung der Gesundheitsleistung erfolgt anonym über einen Fond.

Die Vorbereitungszeit ist mit 1 ½ Jahren angesetzt und es steht ein jährlicher Etat von 500.000 Euro zur Verfügung.

Kampagne Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Eingeführt wurde das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 1993 mit dem Ziel, Asylsuchende und Geflüchtete abzuschrecken, u.a. durch Leistungen unter dem Existenzminimum und unzureichende Gesundheitsversorgung. Nach diesem Gesetz ist nur die Behandlung akuter Krankheiten und Schmerzen abgedeckt. Jede darüber hinausgehende Behandlung ist eingeschränkt und individuell beim Sozialamt zu beantragen. Diese medizinische Unterversorgung ist lebensgefährlich und ethisch nicht zu verantworten. Seit der Einführung ist das AsylbLG mehrfach verschärft bzw. ausgeweitet worden, es generiert tagtäglich Ausgrenzungen und befördert Diskriminierung. Teile des Gesetzes wurden 2012 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, das Gesetz muss deshalb zurzeit überarbeitet werden.

Die Medibüros, Medinetze und Medizinischen Flüchtlingshilfen haben eine bundesweite Kampagne zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) gestartet. Gemeinsam mit vielen Verbänden und Gruppen fordern wir die Abschaffung des AsylbLG und die Einbeziehung der betroffenen Menschen in die regulären sozialen Sicherungssysteme und die gesetzlichen Krankenkassen. Die Versorgung wäre dann um ein Vielfaches menschenwürdiger, aber auch kostensparender und unbürokratischer.

www.stopasylblg.de

Ärztliche Fortbildung

Das Medibüro freut sich, zur ersten von der Ärztekammer mit Fortbildungspunkten zertifizierten Fortbildung einladen zu können.

Im Rahmen dieser Veranstaltung möchten wir gerne mit Ihnen in direkten Austausch treten und aktuelle Situationen und Probleme diskutieren.

Das Thema des Abends wird sein: Medizinische Versorgung von Migrantinnen und Migranten ohne Krankenversicherung – Erfahrungen, Probleme, Lösungsansätze.

Ort und Zeit:

Mittwoch, 28.01.2015, 17:00 bis 19:00 Uhr
ZBBS, Sophienblatt 64a, 24114 Kiel